67. Jahrgang. № 487 Freitag, 17. November 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 275,—. Einzelnummer M. 12,—, Sonntagsausgabe M. 15,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 12 mm breite Zeile M. 35,—, außerhalb Sachsens M. 45,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 30,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Gute Weihnachtsbücher
kauft man jetzt noch günstig bei
Buchhandlung **Joh. Schreitmüller** Antiquariat
Bautzner Straße 41

BANKHAUS
HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: 14026, 14034, 14038 Kommanditgesellschaft 12 Schreibergasse 12 Fernsprecher: Fernverkehr 20804
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Dauerbrandöfen
Reiche Auswahl Bewährte Fabrikate
Transportable Herde — Prometheus-Gaskocher
Florian Czockerts Nachfolger Ferdinand Wiesner
Töpferstraße 9, 13, 15 Fernsprecher 25401

Ein Wirtschaftskabinett Cuno?

Geheimrat Cuno mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Berlin, 16. Nov. Der Reichspräsident hat Geheimrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Geheimrat Cuno hat den Auftrag angenommen und ist in die erste Besprechung mit den Parteiführern eingetreten. (W. T. B.)

Die politische Laufbahn Cunos.

Geheimrat Dr. Cuno steht im 47. Lebensjahre. Er trat nach Absolvierung seiner Universitätsstudien in den Verwaltungsdienst und gehörte der preußischen Staatsverwaltung als Oberregierungsrat und später als Geheimer Oberregierungsrat an. Er war Vortragender Rat im Finanzministerium. Während des Krieges bearbeitete er kriegswirtschaftliche Angelegenheiten, war Leiter der Reichsgetreidestelle und stand nachher an leitender Stelle bei der Organisation des Kriegsernährungsamtes. 1916 wurde ihm im Reichsschatzamt das Hauptreferat für kriegswirtschaftliche Fragen übertragen. Im Winter 1917 verließ er den Reichsdienst und trat in den Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie ein, deren Generaldirektor er nach dem Tode Ballins wurde. Als im März 1920, nach dem Rücktritt Erzbergers, für diesen ein Nachfolger gesucht wurde, und der Ruf nach Fachministern immer dringender wurde, war ihm der Posten des Reichsfinanzministers angeboten worden. Cuno erklärte sich damals auch zur Annahme bereit unter der Bedingung, daß die Mehrheitsparteien geschlossen hinter ihn treten müßten. Er war vorher Mitglied der Deutschen Volkspartei und erst während des Kapp-Putsches aus dieser wegen der unentschiedenen Haltung ihrer Hamburger Ortsgruppe gegenüber Kapp ausgetreten. Für den Ministerposten präsentierte ihn das Zentrum, doch hatte es schon vor dem Kapp-Putsch mit ihm verhandelt, da das Finanzministerium als ausgesprochenes Fachministerium angesehen werden sollte. Nach dem Kapp-Putsch nahm die Sozialdemokratie Anstoß an der zu weit nach rechts geneigten politischen Stellung Cunos und er lehnte die Berufung ab. Finanzminister wurde dann der damalige badische Finanzminister und spätere Kanzler Dr. Wirth.

Die Haltung der Sozialdemokratie.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 16. Nov. Der Generaldirektor Cuno hat, wie bereits erwähnt, im Laufe des Spätnachmittags Fühlung mit den Führern der verschiedenen Fraktionen genommen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob Cuno endgültig die Neubildung des Kabinetts übernehmen wird. **Ueber die Haltung der Sozialdemokratie verlautet neuerdings, daß sie an sich wohl bereit sei, ein Kabinett Cuno zu unterstützen, aber unter der Voraussetzung, daß keine Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei dem Kabinett angehörten. Dagegen scheint es sicher, daß die Sozialdemokratie keine Einwände dagegen macht, wenn dem neuen Kabinett Persönlichkeiten angehören, die im Wirtschaftsleben eine hervorragende Rolle spielen und der Deutschen Volkspartei nahestehen.** Geheimrat Cuno empfing zuerst den Vorsitzenden der Vereinigten Sozialdemokratie Müller, sodann den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, den Abgeordneten Marx. Diesen Unterredungen folgte die Besprechung mit den Führern der übrigen Fraktionen. Es gilt in parlamentarischen Kreisen für ausgeschlossen, daß die Kabinettsbildung noch im Laufe des heutigen Tages zustande kommt.

Für den Fall, daß Geheimrat Cuno den Auftrag zurückgeben sollte, wird der „Voss. Ztg." zufolge mit der Möglichkeit der Beauftragung des Grafen Rödern, des ehemaligen Schatzsekretärs, gerechnet. Von anderer Seite will man wissen, daß der Name des Grafen Lerchenfeld noch immer im Vordergrunde der Erörterungen stehe. Der deutsche Botschafter in Paris, Mayer-Kaufbeuren, ist heute aus Paris in Berlin eingetroffen und hatte gleichfalls nach seiner Ankunft eine Rücksprache mit dem Reichspräsidenten.

Ueber den Abfall der Sozialdemokratie von Dr. Wirth verlautet folgendes: Daß die Sozialdemokratie den Mann, der so lange als ihr ausgesprochener Liebling gelten konnte, jetzt in so schroffer Weise fallen ließ, ist, wie der „Lokal-Anz." meint, mehr noch als auf innerpolitische Gründe wohl auf die Tatsache zurückzuführen, daß ihre frühere Begeisterung für Dr. Wirth von den nach Berlin gekommenen Mitgliedern der Reparationskommission durchaus nicht geteilt wurde. Man sei in diesen Kreisen entsetzt gewesen über den Mangel an Initiative, an Uebersicht und an Entschlossenheit, den das von Dr. Wirth geführte Reichskabinett in den schicksalsschweren Fragen der Reparationsleistungen an den Tag gelegt habe, und man habe es anscheinend auch gerade sozialdemokratischen Politikern gegenüber nicht an unmißverständlichen Aeußerungen nach dieser Richtung hin fehlen lassen.

Die Londoner Presse zum Rücktritt des Kabinetts Wirth.

London, 16. Nov. Unter den Blättern, die sich mit dem Rücktritt des Kabinetts Wirth und der Lage in Deutschland befassen, spricht „Daily Chronicle" von der Regierung Wirth als der bei weitem besten, die vom alliierten Standpunkt und vom Standpunkt der europäischen Demokratie aus bestanden hat. Es wäre schade, wenn die Sozialisten außerhalb der Regierung blieben, denn ihre Teilnahme an der Regierung sei für die öffentliche Ordnung wesentlich. — „Daily News" schreiben, daß die letzte deutsche Reparationsnote Vorschläge enthalte, die trotz der überstürzten französischen Aktion auf jeden Fall eine Grundlage für eine Erörterung bilde. — Die „Times" meint, wenn die Sozialisten und die Deutsche Volkspartei, die die wichtigsten Kräfte in Deutschland vertreten, alle Energie vereinigen oder einen Kompromiß schließen könnten bei dem Versuche, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vermeiden, so könnte es Deutschland möglich sein, die augenblickliche Krisis zu überwinden und eine Regierung zu bilden, die auf jeden Fall das Land durch die Schwierigkeiten des Winters führen würde. — „Westminster Gazette" schreibt: Der Rücktritt der Regierung Wirths sei vom alliierten Standpunkt aus gesehen im ganzen bedauerlich. Bei den Alliierten täte man gut, sich daran zu erinnern, daß die Alliierten in ihren Geschäften mit Deutschland von der Aufrechterhaltung einer verfassungsmäßigen Regierung in Deutschland abhängen. Jede deutsche Regierung sehe sich aber jedesmal einem verzweifelten Dilemma gegenüber, wenn die Alliierten unmögliche Forderungen stellen. Lehne die Reichsregierung diese ab, so setzen sie Deutschland Sanktionen aus; gebe sie nach, so bedeute dies den Sturz im Innern. Dr. Wirth habe sich den beiden Seiten dieses Dilemmas beträchtliche Zeit hindurch entziehen können. Das Blatt fügt hinzu, **keine deutsche Regierung könne mehr bezahlen, als die deutsche Industrie ausführe, und ein Versuch, mehr zu zahlen, müsse den Wert der Mark zerstören.** (W. T. B.)

Bayerns Treubekenntnis zum Reiche.

Eine bedeutsame Rede v. Knillings im Landtag.

München, 16. Nov. Am dritten Tage der politischen Aussprache nahm im Landtage zunächst Ministerpräsident v. Knilling das Wort und erklärte über die Frage des Verhältnisses Bayerns zum Reiche, **daß es ihm mit der Versicherung, daß Bayern nicht mutwillig den Kampf mit dem Reiche suchen werde, heilige Ernst sei.** Das Bamberger Programm der Bayrischen Volkspartei bezwecke in Wirklichkeit nichts weiter für Bayern und die anderen deutschen Länder, als wenigstens annähernd jenes Maß von Rechten zurückzugewinnen, die den Bundesstaaten von 1871 bis zum Zusammenbruch zugekommen seien. **Föderalismus sei grundverschieden von Partikularismus und gerade das Gegenteil von Separatismus, weil er das Vorhandensein und den Bestand der Reichsgemeinschaft sowie das Verbleiben in der Reichsgemeinschaft voraussetze.** In Uebereinstimmung mit seinen politischen Freunden halte er mit aller Entschiedenheit an der Forderung der Reichseinheit unerschütterlich fest. Eine Einengung des einzelstaatlichen Eigenlebens erachte er jedoch als nicht vereinbar mit dem wahren Wohl des Reiches und der ganzen Entwicklung. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) **Der Ministerpräsident warnte nachdrücklich, die Lage durch sinnlose Gewalttaten zu verschärfen. Dieser Einsicht sollten sich auch diejenigen nicht verschließen, die in ihrer leidenschaftlichen Vaterlandsliebe an jeder Rettung auf ordnungsmäßigem Wege verzweifeln. Die bayrische Regierung werde denjenigen, die gegen den Bestand des Staates Gewalt anzuwenden suchen, mit allen verfügbaren Machtmitteln entgegentreten.** Er mißbilligte es, daß ein Blatt wie das „Heimatblatt" ein bedenkliches Spiel mit dem Feuer treibe. Gegen das Blatt sei bereits ein Strafverfahren eingeleitet. Der Ministerpräsident schloß mit dem Appell an das Volk, sich dem Sammelrufe der Regierung nicht zu entziehen und getreu mit ihr zusammenzustehen zu gemeinsamer Arbeit. (Lebhaftes Bravo rechts.) Minister des Innern Dr. Schweyer kam auf die nationalistische Bewegung in Bayern zu sprechen. Die Nationalisten nehmen scharf gegen den Marxismus Stellung. Die Aufgabe der Regierung bestehe aber nicht darin, sich in den Kampf der Parteien einzumischen. Vielmehr habe sie nur die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sichern und bei Aufreizung einzuschreiten. **Es werde nicht geduldet werden, daß irgendeine Gruppe willkürlich und gewaltsam vorgehe. Das gelte ebenso für die Kommunisten wie für alle übrigen Sozialisten.**

Ein Markenbrot 300 Mark am 4. Dezember!

Berlin, 16. Nov. Der 4. Dezember wird voraussichtlich eine 150prozentige Verteuerung des Markenbrotes bringen, da zu diesem Termin die neuen Mehlpreise für das zweite Umlagevierteljahr in Kraft treten. Zuzüglich der Zuschläge der Kommunalverbände dürfte sich dann der Preis für den Doppelzentner Roggen auf 14 000 Mark, für Weizenmehl auf 15 000 Mark stellen. Hierzu kommen die neuen Kohlenpreiserhöhungen, die vermehrten Lohnausgaben usw., so daß der Preis des Markenbrotes einen Sprung von 112 auf annähernd 300 Mark machen dürfte.

Dollar (Amtlich): 7525
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 7070

Der französische Frank und die Reparationen.

Währungen haben heutzutage ihre Schicksale. Der protzig aufgeschwollene Dollar, das behaglich fettleibige Pfund Sterling, der breitspurige Mynheer-Gulden und der goldglitzernde schweizerische Frank fordern Arm in Arm ihr Jahrhundert in die Schranken, wenn auch dieses ganze hochmögende Kollegium an chronischen Verdauungsstörungen wie sie mit jeder Uebersättigung verbunden sind, leidet. Die alten aristokratischen Vier sehen geringschätzig auf die übrige Welt herab und lächeln spöttisch über das Bemühen des tschechischen Kronen-Parvenüs, sich in ihre exklusive Gesellschaft einzudrängen. Die ehemals so grundsolide deutsche Mark aber schleicht zusammen mit der ebenfalls ganz heruntergekommenen, erst in allerletzter Zeit mit fremder Hilfe wieder ein bißchen herausstaffierten österreichischen Krone in schäbigem Gewande einher und beide gedenken mit Wehmut und Bitterkeit der Tage ihres alten Glanzes.

Eine Mittelstellung nahm bisher der französische Frank ein. Die französische Finanzkunst hatte es fertig gebracht, ihn in Höhe von 40 v. H. des Goldwertes zu stabilisieren und diesen Wert im internationalen Verkehr festzuhalten, während seine innere Kaufkraft zurzeit nur etwa 25 v. H. des Goldwertes beträgt, nachdem sie in ihrem tiefsten Stande sogar einmal auf 20 v. H. herabgesunken war. Ueber das bedenkliche Symptom der Einbuße an innerer Kaufkraft suchte die französische Finanzverwaltung das Publikum dadurch zu beruhigen und hinwegzutäuschen, daß sie mit dem Brustton der Ueberzeugung erklärte, der Deutsche werde alles bezahlen und dann werde der Frank sogar die volle Goldparität wieder erreichen. Von dieser schweren Täuschung der öffentlichen Meinung abgesehen, arbeitete die französische Finanzleitung unleugbar mit großem Geschick. Das muß man zugeben, wenn man sich die bedeutsamen Erfolge vor Augen führt, die von ihr erzielt wurden. Sie hat einmal den laufenden Geldbedarf des ordentlichen Etats bis jetzt ganz aus der Inanspruchnahme der Steuerkraft befriedigen können, während die Bedürfnisse des außerordentlichen Etats im wesentlichen durch innere Anleihen gedeckt wurden. Ferner hat sie mit der Rückzahlung der ihr von der Bank von Frankreich gewährten Vorschüsse in erheblichem Umfange begonnen und sogar die Wiedereinlösung des bei der Bank von England verpfändeten Goldes in Angriff genommen. Zugleich ist ihr der große Wurf gelungen, die Notenpresse nicht bloß vollständig zum Stillstand zu bringen, sondern auch den Notenumlauf zu verringern und so die bereits vorhandene Inflation abzubauen. Das sind sicherlich ganz respektable Leistungen. Das dicke Ende kommt aber jetzt nach, und zwar infolge der falschen Methode der Vertröstung auf die unmöglichen deutschen Goldmilliardenzahlungen, womit man die Oeffentlichkeit hinter das Licht geführt hat. Lügen haben eben immer und überall, auch in der ränkevollen Politik, kurze Beine. Jetzt hat der französische Sparer das Vertrauen zur Kreditwürdigkeit seines Staates verloren und reagiert nicht mehr auf Anzapfungen zur Hergabe weiterer Kapitalien. Dadurch ist für die französische Finanzverwaltung eine schwierige Lage geschaffen worden, die noch eine Verschärfung erfahren hat durch ein finanzielles Manöver des englischen Schatzamtes. England hat nämlich in der letzten Zeit 50 Millionen Dollars zur Abdeckung der rückständigen Zinsen seiner amerikanischen Schuld an die Washingtoner Staatskasse abführen müssen, und um zu verhindern, daß so starke Dollarankäufe einen Rückschlag auf den Kurs des Pfund Sterlings ausübten, verfiel es auf den Ausweg, in erster Linie die Bestände an französischen Franken heranzuziehen, über die es in ziemlichem Umfange verfügt. Auf diesem Wege kamen plötzlich größere Mengen des französischen Franken auf den Markt, und dadurch wurde in Verbindung mit den inneren Schwierigkeiten der französischen Finanzgebarung ein empfindlicher Rückgang des Frankenkurses hervorgerufen. Er stürzte nämlich von 40 auf 34½ und ist seit Ende Oktober in der Rückwärtsbewegung bis Mitte November verblieben, während gestern wiederum leichte Besserung eingesetzt hat. Legt man an diese Wertverminderung des Papierfranken den Maßstab des Eiltempos, mit dem die deutsche Papiermark der völligen Wertlosigkeit entgegeneilt, wenn nicht noch im letzten Augenblick ein Retter auf der Bildfläche erscheint, so mag ja die Lage des Franken immerhin noch rosig erscheinen. Man muß aber bedenken, daß der französische Papierfrank bis zu 27 Centimes in Gold gedeckt ist. Da nun Frankreich doch auch reiche Bodenschätze und Arbeitskräfte besitzt und ihm nicht, wie Deutschland, das ausländische Vertrauen in seine Kreditwürdigkeit fehlt, so ist es doch im Grunde genommen blutwenig, wenn die internationalen Geldmächte diese wesentlichen Faktoren nur mit 7½ Centimes über den Goldwert (34½—27) taxieren. Der Rückgang des Franken hat denn auch in Pariser Bank- und Handelskreisen lebhafte Beunruhigung erzeugt. Die Presse suchte der Erregung, die sich der Oeffentlichkeit bemächtigt hatte, dadurch zu begegnen, daß sie vor dem Einkauf fremder Erzeugnisse und vor der Spekulation warnte und erklärte, Frankreich könne und müsse zu seinem Frank unerschütterliches Vertrauen haben, solange die Inflation nicht wieder